

Platzsturm in Paris

Nein zum neuen Arbeitsrecht: Mehr als zwei Millionen Franzosen ziehen gegen Regierung auf die Straße

Hansgeorg Hermann, Paris

Mehr als zwei Millionen Franzosen sind am Dienstag in Paris und in anderen Großstädten des Landes gegen das geplante Arbeitsrecht der sozialdemokratischen Regierung auf die Straßen gegangen. Allein in der Hauptstadt zählten die sieben Gewerkschaften und ihre Untergliederungen, die zum Widerstand gegen das von ihnen in Gänze abgelehnte Gesetz aufgerufen hatten, bis zu 800.000 Menschen. Lohnabhängige aller Berufsgruppen, Beamte sowie Vertreter der Studenten- und Schülervereinigungen folgten dem Demonstrationszug.

Staatspräsident François Hollande und sein Premierminister Manuel Valls kritisierten vor allem den CGT-Sekretär Philippe Martinez, dessen mit 700.000 Mitgliedern drittgrößte Gewerkschaft des Landes den Widerstand seit Monaten anführt. Der Aktionstag, der mitten in eine erneute Sicherheitskrise des Landes falle, sei »kontraproduktiv« und nehme die »gutwilligen Bürger des Landes in Geiselschaft«.

Die CGT und die Force ouvrière (FO) hatte am Morgen mit rund 600 Bussen Demonstranten aus allen Landesteilen nach Paris gebracht. An der Spitze des Zuges, bewacht von einigen Hundertschaften der schwerbewaffneten Spezialeinheit CRS, riefen junge Arbeitslose: »Paris, steh auf, erhebe dich!« Bei mehreren Auseinandersetzungen zwischen CRS-Polizisten und jugendlichen Demonstranten gab es Verletzte.

CGT-Führer Martinez sagte am Nachmittag: »Jenen, die sich ein Erlahmen der Bewegung erhofften, haben wir heute die Antwort gegeben.« In einer gemeinsamen Erklärung der Gewerkschaften hieß es: »Wir erleben eine Mobilisierung, wie wir sie seit Februar nicht gekannt haben.« Die CGT klagte private Firmen an, die für den Transport der Demonstranten nach Paris Busse und Fahrer verweigert hätten.

Die Gewerkschaften appellierten in ihrer Erklärung noch einmal an Regierung und Parlament, sich »nachhaltig für den Schutz der Lohnabhängigen« einzusetzen. Der von der Regierung Valls erlassene Gesetzestext sei »nicht akzeptabel«, vor allem was den Passus über die Erleichterung von Entlassungen und den Abbau der garantierten kollektiven Rechte der Arbeiter in ihren Betrieben betreffe. Das von den Unternehmern mit formulierte Gesetz »favorisiere« in seiner Gesamtheit die Tendenz hin zu Niedriglöhnen und steigender Armut in der arbeitenden Bevölkerung. Die seit Monaten anhaltende Unterstützung einer deutlichen Mehrheit der Franzosen für den Widerstand und die damit verbundenen Streiks bezeichneten die Gewerkschaftsführer als »großen Erfolg«.

Das Gesetz der Regierung soll am 23. Juni in der zweiten Parlamentskammer, dem Senat, diskutiert und zu Abstimmung gestellt werden. Da die Regierung Hollande-Valls die »Reform« des »Code du travail« mit Hilfe des Verfassungsparagraphen 49.3 bereits ohne Votum der ersten Kammer, der Nationalversammlung, für rechtskräftig verabschiedet erklärt hat, ist die Abstimmung im Senat nicht mehr als parlamentarische Kosmetik.

Das Gesetz kann laut Verfassung nur durch ein Misstrauensvotum gegen die Regierung gekippt werden. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit steht der Opposition nicht zur Verfügung. Wie Martinez und Jean-Claude Mailly von der FO bedauerten, sei die zuständige Arbeitsministerin Myriam El Khomri inzwischen zwar »etwas aufmerksamer«, was den Widerstand aus der Bevölkerung betreffe. Die Regierung habe sich allerdings bisher »nicht bewegt«. »Wir selbst«, betonte Mailly, »werden nicht nachlassen«.

<http://www.jungewelt.de/2016/06-15/071.php>